



# Das STULIK-MODELL

Methode zur Vermeidung unverschämter Steuerflucht





# Inhaltsverzeichnis

1. Steht unser Wirtschafts- und Finanzsystem vor dem Ende? .....	1
2. Soziale Marktwirtschaft – Existiert diese noch oder verbirgt sich hinter ihr der pure Kapitalismus? .....	3
3. Lösung: Das STULIK-MODELL - Gesetzesänderungen im Nationalen Recht .....	8
3.1 Änderung im § 12 Abs. 10 KÖStG (Körperschaftsteuergesetz) .....	9
3.2 Erweiterung des § 115 BAO (Bundesabgabenordnung) - Absatz 5 .....	9
3.3 Erweiterung des § 162 Abs. 1 BAO (Bundesabgabenordnung) .....	9
4. Entwicklung der Bilanzsummen der wichtigsten Notenbanken .....	10
5. Liste von Milliardären von 2005 bis 2020 (in Auszügen) .....	12



# 1. Steht unser Wirtschafts- und Finanzsystem vor dem Ende?

Der Verschuldungsgrad der Staaten weltweit steigt ständig und wird durch die COVID-19 Krise nochmals verstärkt. Andererseits wachsen die Vermögen der Reichsten immer schneller, während gleichzeitig die Staatseinnahmen, u.a. infolge erhöhter Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten, sinken.

Die Bilanzsummen der Notenbanken steigen in gigantische Höhen und die Vermögen der Reichsten gehen im Gleichklang mit nach oben. Die Daten sind ab Seite 10 nachzulesen. Dies bedeutet, dass das Geld, welches gedruckt bzw. buchmäßig geschaffen wird, eins zu eins zu den Reichsten der Welt wandert und nicht unseren Volkswirtschaften zugute kommt - z.B. für den Ausbau sozialer Sicherheitssysteme.

Dass diese Entwicklung nicht auf Dauer fortgesetzt werden kann, leuchtet jedem ein, jedoch unternimmt keiner etwas dagegen. Unsere Klein- und Mittelbetriebe kämpfen die längste Zeit in einem unfairen Wettbewerb, da die großen Konzerne die Steuerflucht durch Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerrländer eiskalt nutzen. Die multinationalen Konzerne leisten somit keine Beiträge, um die Aufgaben des Staates, wie den Aufbau und Erhalt der Infrastruktur (Sicherheit, Bildung, Gesundheitssystem, Mobilität usw.) sicherzustellen. Gleichzeitig nutzen sie jedoch sämtliche staatlichen Förderung und Leistungen wie die Benützung unserer Straßen, die gut ausgebildeten Mitarbeiter, die Versorgung der Mitarbeiter durch unser Gesundheitssystem etc.

## Steuerflüchtlinge kosten der EU jährlich 1.000 Mrd. Euro!



Quelle: EU Kommission



Daher: Der ungleiche Wettbewerb muss endlich beendet werden, denn sonst werden unsere klein- und mittelständischen Unternehmen nicht überleben und dem Staat werden auch nicht mehr die notwendigen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung stehen.

Die Forderung: Die Konzerne müssen ihren Beitrag leisten, wenn sie an unseren Märkten teilnehmen wollen.

Nachfolgendes Beispiel zeigt, wie ungerecht unser System ist. Würden auch wir alle keine Steuern zahlen, würde unser Staat nicht funktionieren, jedoch könnte jeder Einzelne dadurch mehr Wohlstand anhäufen.

Ein Dienstnehmer der netto EUR 2.000,- pro Monat verdient, erhält derzeit ein Nettojahreseinkommen von EUR 28.584,-. Der Arbeitgeber bezahlt für diesen Mitarbeiter (mit allen Lohnnebenkosten) EUR 52.460,-. Es fallen somit Abgaben in Höhe von EUR 23.876,- an. Wenn der Dienstnehmer keine Abgaben zahlen würde, hätte dieser nach 45 Dienstjahren EUR 1.074.438,- (ohne Zinsen) Vermögen angesammelt. Bei EUR 3.000,- netto pro Monat wären dies sogar EUR 2.067.745,-.

Wenn wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem nicht bald retten, wird es zum großen Crash kommen, denn die immer steigenden Schulden führen früher oder später zu einem Vertrauensverlust bei den Gläubigern. Die Folge wäre, dass unser Finanzsystem zusammenbrechen würde und eine Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit und Elend die Folge wäre.

Fakt ist: Unser Wirtschaftssystem hat sich schon lange von der sozialen Marktwirtschaft verabschiedet. Reaktivieren wir daher die soziale Marktwirtschaft wieder!

Die Lösung: Es sollte umgehend ein Gesetzesantrag - siehe Stulik-Modell - im Parlament eingebracht werden.

Wenn die ÖVP diesen Gesetzesantrag ablehnt, sollte der Bundeskanzler an seine Aussage anlässlich der „75 Jahr-Feier der Gründung der Republik Österreich“ erinnert und aufgefordert werden, seine Ankündigung wahr zu machen.



siehe <https://www.steuernpecken.at/2020/04/27/bk-kurz-verspricht-kampf-gegen-steuerflucht/>



## 2. Soziale Marktwirtschaft - Existiert diese noch oder verbirgt sich hinter ihr der pure Kapitalismus?

Der Kapitalismus unter dem Deckmantel der sozialen Marktwirtschaft ist gefährlich, denn die negativen Seiten des Kapitalismus werden nicht erkannt und somit werden auch keine Gegenmaßnahmen ergriffen. Untersucht man, ob die soziale Marktwirtschaft in der Realität noch existiert oder nur mehr scheinbar als Deckmantel des Kapitalismus vorhanden ist, müssen wir uns mit der Entstehung der sozialen Marktwirtschaft und deren Kernpunkten beschäftigen.

Im zweiten Weltkrieg haben Wissenschaftler die soziale Marktwirtschaft entwickelt. Nach dem zweiten Weltkrieg zweifelten viele am Kapitalismus als auch am Sozialismus bzw. der Planwirtschaft, da beide Wirtschaftssysteme große Nachteile in sich bergen. Unter Leitung von Ludwig Erhart wurde die soziale Marktwirtschaft im Jahre 1945 erstmals in die Praxis umgesetzt. Unter der sozialen Marktwirtschaft sollte eine staatlich geordnete Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich geschaffen werden. Die wesentlichen Kernpunkte der sozialen Marktwirtschaft sind:

- freier Wettbewerb
- starker Staat
- soziale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich
- Vermeidung des Zusammenballens von wirtschaftlicher Macht

Diese Kernpunkte sind für die soziale Marktwirtschaft gesamtheitlich unabdingbar, denn ohne diese Kernpunkte funktioniert sie nicht. Einzelne Kernpunkte sind nicht mehr bzw. nicht im vollen Umfang existent und somit hat die soziale Marktwirtschaft nicht mehr die volle Wirkung. Sie dient somit dem Kapitalismus als Deckmantel. Die Ursachen für den Verlust von Kernpunkten der sozialen Marktwirtschaft liegen in der Globalisierung, denn diese ermöglichte den Konzernen immer größer, stärker, mächtiger und mobiler zu werden.





Der freie Wettbewerb leidet unter der Marktmacht der Konzerne, denn die kleineren und mittleren Unternehmen haben es immer schwerer in der globalen Wirtschaftswelt mit den großen Konzernen mitzuhalten, u.a. weil der bürokratische Aufwand im Verhältnis zu ihrem Geschäftsumfang überdurchschnittlich hoch ist. Konzerne können sich Verfahren bezüglich der Anwendung von Kollektivverträgen, Steuergesetzen, Umgehungen von Steuervorschriften etc. leisten. Diese stellen im Verhältnis zu ihrem Geschäftsumfang einen deutlich geringen Aufwand dar.

Die Stärke des Staates hat im Verhältnis zu den immer stärker werdenden Konzernen abgenommen und die Staaten haben auch durch die Globalisierung an Stärke und Einflussmöglichkeit verloren. Konzerne drohen mit Abwanderung und dem Verlust von Arbeitsplätzen.

Die soziale Gerechtigkeit existiert derzeit noch in einem größeren Umfang, denn unser Sozialstaat ist gut ausgeprägt und unser Gesundheitssystem zählt zu den besten der Welt. Somit besteht zwar die soziale Gerechtigkeit, wie jedoch steht es mit dem sozialen Ausgleich? Hier schaut es nicht mehr so gut aus. Sozialer Ausgleich bedeutet einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen sozialen Schichten.

Die obersten sozialen Schichten entziehen sich diesem sozialen Ausgleich immer mehr. Insbesondere erfolgt dies durch Steuervermeidungsmodelle und Verlagerung der Gewinne in Niedrigsteuerländer. Somit erfolgt der soziale Ausgleich nicht mehr horizontal zwischen den unterschiedlichen sozialen Schichten, sondern nur mehr temporär.

Was bedeutet temporär? Der soziale Ausgleich erfolgt zum Teil durch Finanzierung der Sozialleistungen durch Neuverschuldung. Die Staatsschulden sind jedoch unsere Schulden und somit erfolgt kein sozialer Ausgleich zwischen den unterschiedlichen sozialen Schichten, sondern nur die Finanzierung der Sozialleistungen zu Lasten der nächsten Generation, jedoch derselben sozialen Schicht. Der soziale Ausgleich existiert daher nicht mehr oder nicht mehr im vollen Umfang. Es wird jedoch der Eindruck vermittelt, als würde der soziale Ausgleich noch immer funktionieren.

Die Vermeidung des Zusammenballens von wirtschaftlicher Macht sollte durch Kartellgesetze vermieden werden. Kartellgesetze können jedoch nur bei Fusionen oder sonstigen Unternehmenszusammenschlüssen wirken, jedoch nicht bei einem organischen Wachstum. Des Weiteren zeigt sich auch immer wieder, dass im Zuge von Unternehmenspleiten faule Kompromisse im Sinne des Kartellrechts eingegangen werden, um Übernahmen und die Rettung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen.

Wesentliche Kernpunkte der sozialen Marktwirtschaft sind verloren gegangen und somit funktioniert die soziale Marktwirtschaft nicht mehr. Wir leben vielmehr in einer gefährlichen scheinbaren sozialen Marktwirtschaft, die uns im Glauben lässt, die Welt ist in

Ordnung und es besteht kein Handlungsbedarf.

Diese scheinbare soziale Marktwirtschaft gibt dem Kapitalismus seinen Deckmantel, unter dem er seine Blüten treiben kann. Im Kapitalismus regiert eine der schrecklichsten Eigenschaften des Menschen: die Gier. Diese ist unbarmherzig und treibt ihr Spiel bis zum Untergang. In der Geschichte können wir verfolgen, dass die Verteilung des Vermögens von den sozial unteren Schichten immer friedlich erfolgte. Die Verteilung von den oberen sozialen Schichten ist jedoch noch nie friedlich vonstattengegangen. Die Herrschenden trieben es immer so lange, bis die unteren sozialen Schichten sich auf Grund ihrer Notlage zur Wehr setzen mussten. Dies erfolgte meist in Form von Bürger- bzw. Bauernaufständen.





Der soziale Ausgleich funktioniert derzeit nicht mehr und wird nur durch ständiges Aufstocken von Schulden vorgetäuscht. Mit dieser Vorgehensweise werden die Probleme nur prolongiert. Die Verschuldung kann jedoch nicht ins Uferlose gesteigert werden. Schulden bedürfen immer des Vertrauens. Wie lange es dieses Vertrauen noch geben wird, ist fraglich. Es zeigt sich an den Eurokrisenländern, wie schnell das Vertrauen schwinden kann.

Wenn das Vertrauen verschwindet und somit eine weitere Verschuldung nicht mehr möglich sein wird, wird der nicht erfolgte soziale Ausgleich zwischen den unterschiedlichen sozialen Schichten sichtbar werden und sich noch verstärken. Am Beispiel Griechenland kann man gut aufzeigen, was dann passiert. Niemand denkt mehr an einen sozialen Ausgleich. Die soziale Ungerechtigkeit zeigt ihr wahres Gesicht: Pensionen und Gehälter werden gekürzt, Massensteuern wie die Umsatzsteuer und Verbrauchssteuern werden erhöht und das Sozial- und Gesundheitssystem wird zu Tode gespart. Die Folgen sind verheerend. Der Konsum bricht ein, die Wirtschaft schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt und die Abwärtsspirale geht unaufhaltsam bergab. Der Bevölkerung jedoch wird dies als die einzige Möglichkeit unterbreitet, anstatt endlich die Kernpunkte der sozialen Marktwirtschaft wieder einzuführen.

Griechenland hatte noch Glück, denn es wurden Rettungspakete geschnürt und Rettungsschirme geschaffen. Wenn Mitteleuropa einmal soweit ist, wird es keine Rettungspakete oder Rettungsschirme mehr geben. Die Schuldenblase wird platzen und es wird wesentlich heftiger, als dies bei den Eurokrisenländern der Fall war.

Die soziale Marktwirtschaft existiert schon seit längerem nicht mehr, es regiert der Kapitalismus unter dem Deckmantel der sozialen Marktwirtschaft. Das ist trügerisch, denn die Auswirkungen des Kapitalismus sind momentan nicht zu spüren, da sie prolongiert werden und keiner eine Notwendigkeit sieht gegenzusteuern.

Ein Wirtschaftssystem kann nur auf Dauer bestehen, wenn es diesem gelingt die zwei menschlichen Eigenschaften - die Gier und die Bequemlichkeit - zu beherrschen.

Die Planwirtschaft scheitert an der Bequemlichkeit, da es keinen kollektiven Ehrgeiz gibt und der Kapitalismus scheitert an der Gier. Durch die ständige Verschuldung konnte die Fehlentwicklung damit lange verborgen bleiben. Die soziale Marktwirtschaft ist das einzige Wirtschaftssystem, das auf Dauer funktionieren kann, jedoch muss mit Sorgsamkeit darauf geachtet werden, dass die Kernpunkte strikt eingehalten und nicht verschleiert werden. Es muss Schluss sein mit der irreführenden, scheinbaren sozialen Marktwirtschaft. Wir müssen die obigen Kernpunkte wieder einführen.

Die Stärke des Staats hat nichts mit Nationalismus zu tun. Nur ein starker Staat kann den großen, mächtigen Konzern entgegentreten und für soziale Gerechtigkeit und Ausgleich sowie der Vermeidung von marktbeherrschenden Stellungen sorgen.

Wie kann der Staat oder wie können die Staaten ihre Stärke wiedererlangen?

1. Durch klare Ansagen und Entschlossenheit
2. Durch Mut, Gesetze zu schaffen, die die Konzerne zu ihrem Beitrag zum sozialen Ausgleich zwingen
3. Durch Gesetze, die einen freien und fairen Markt zulassen
4. Durch die Eindämmung marktbeherrschender Stellungen





Man kann über Donald Trump und seine Wortwahl unterschiedlich denken. Er zeigte jedoch auf, was alleine eine seiner Aussagen bei den Konzernen für ein Umdenken bewirken kann. Die Drohung, bei Verlagerung der Produktion nach Mexiko 15% Zölle auf Importe zu belegen, bewegt die Konzerne ihre Pläne einzufrieren.

Den Konzernen muss klar gemacht werden, wenn sie an unseren Märkten teilnehmen und hier ihre Gewinne erzielen wollen, dann müssen sie nach unseren Regeln agieren und auch hier ihre Gewinne versteuern. Erst dadurch leisten sie ihren Beitrag zum sozialen Ausgleich.

Die Konzerne vermeiden durch Steuerfluchtmodelle jährlich Steuerleistungen in Europa von 1 Billion Euro. Auf Österreich umgerechnet bedeutet dies einen Betrag von 25 Mrd. Euro!

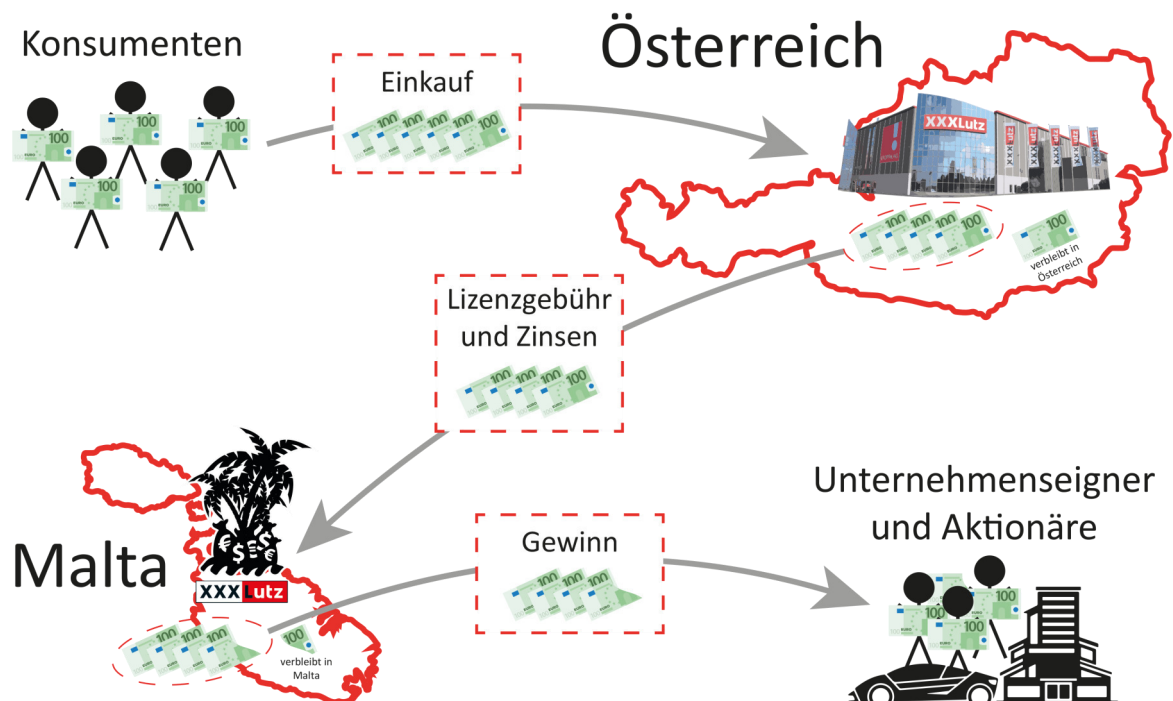
Um die Größenordnung zu veranschaulichen: Die Staatsschulden in Europa betragen ca. 14 Billionen Euro, jene von Österreich ca. 294 Mrd. Euro. Somit könnten die Schulden dadurch in 12-14 Jahren zur Gänze getilgt werden.

Die Ausrede, ein einzelner Staat könnte die Steuerflucht der Konzerne nicht vermeiden, dies könne nur die Staatengemeinschaft, ist unrichtig. Europa verfügt über kein gemeinsames Ertragssteuerrecht, somit könnte nur eine Richtlinie beschlossen werden, welche dann wieder in nationales Recht umgesetzt werden müsste. Einige Staaten wie z.B. Irland, Luxemburg und Malta sind gegen eine solche Umsetzung und würden dies nach Möglichkeit verhindern. Irland verbündet sich sogar mit Apple zum Kampf gegen die Steuervorschreibung in der Höhe von 13 Mrd. Euro als unzulässige Beihilfengewährung.

Diese unzulässige Beihilfengewährung von 13 Mrd. Euro ergibt sich aus dem irischen Steuersatz von 12,5% und den von Apple bezahlten 0,05%. Würde der Steuersatz von Österreich zur Anwendung kommen, würde die Steuernachzahlung 26 Mrd. Euro betragen.

Die Ausrede, die Konzerne würden abwandern und es würden Arbeitsplätze verloren gehen, stimmt ebenfalls nicht, denn die Konzerne setzen ihre Produkte und Dienstleistungen auf unseren Märkten ab. Sie verkaufen ihren Kaffee (Starbucks etc.), ihr Fast Food (McDonalds etc.), ihre Smartphones (Apple etc.), ihre Möbel (XXXLutz etc.), ihre Software (Microsoft etc.) usw. auf unseren Märkten. Daher benötigen sie auch unsere Märkte mehr als wir sie, denn den Kaffee, die Burger etc. könnten wir auch anderswo kaufen.

Modell zur Steuervermeidung am Beispiel der Möbelkette XXXLutz





Die Steuervermeidung der Konzerne erfolgt zum größten Teil durch Verlagerung der Gewinne in Niedrigsteuerländer im Zuge von Lizenz- und Zinszahlungen. Dies könnte jeder einzelne Staat selbstständig in seinem jeweiligen Ertragssteuerrecht umsetzen, indem er eine Betriebsausgabenbeschränkung einführt. In Malta beträgt die Steuer 35%. Bei Ausschüttung werden jedoch 30% erstattet. Somit kommt es nur zu einer endgültigen Steuerbelastung von nur 5%. Dies ist ein Fünftel der 25% ( $25 / 5$ ), somit wären bei einer dementsprechenden Änderung der Gesetze die Lizenzzahlungen an den Mutterkonzern nur zu 20% Betriebsausgabe. Die restlichen 80% erhöhen die Steuerbemessungsgrundlage.

Eine solche Maßnahme würde die Konzerne dazu zwingen, ihren Beitrag zum sozialen Ausgleich zu leisten und es würde den Staat stärken, da er durch die Steuermehreinnahmen von 25 Mrd. Euro jährlich wieder einen größeren Handlungsspielraum zum Gestalten hätte. Der Staat könnte die Mehreinnahmen zu  $1/3$  zur Senkung der Lohnnebenkosten verwenden (wodurch diese um 6-7% sinken würden) und zu  $2/3$  zur Senkung der Einkommensteuer (wodurch das Nettoeinkommen um ca. 15% steigen würde).

Durch das Steigen der Nettoeinkommen würde der Konsum ebenfalls stark steigen, ein Wirtschaftswachstum im hohen Ausmaß würde entstehen und 470.000 Arbeitsplätze könnten geschaffen werden. Der Aufwand für Arbeitslosenentgelt würde abnehmen, die Steuereinnahmen steigen und der Staat würde wieder unabhängiger und stärker werden.

Um den fairen und freien Wettbewerb ohne Zusammenballung wirtschaftlicher Macht zu gewährleisten, muss strikt und mit allen Mitteln darauf geachtet werden, dass sich die großen Marktteilnehmer an alle Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Kollektivverträge halten. Es muss vermieden werden, dass die großen Marktteilnehmer durch Rechtsmittelverfahren die Anwendung jahrelang hinauszögern. Eine solche Vorgehensweise würde zu einer Benachteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen führen, die sich die Kosten der Verfahren oft nicht leisten können.

Die marktbeherrschende Macht der Konzerne müsste zudem durch eine strenge Anwendung des Kartellrechts und der Verschärfung des Kartellrechts auch bei organischem Wachstum und Ausnutzung von marktbeherrschender Stellung durch massive und konsequente Bestrafungen mit empfindlichen Strafen eingedämmt werden. Um den kleinen und mittleren Unternehmen das Bestehen gegen die übermächtigen Konkurrenten zu erleichtern, müsste die verpflichtende Anwendung von Gesetzen viel stärker entsprechend der Größe der Unternehmen sein und Ausnahmen für kleine und mittlere Betriebe vorsehen.

Die soziale Marktwirtschaft ist das einzige Wirtschaftssystem, das auf Dauer funktioniert. Allerdings müssen ihre Kernpunkte eingehalten und auch nachgeschärft werden, denn der Kapitalismus wird immer wieder Angriffe versuchen. Diesen gehört jeweils mit geeigneten Mitteln entgegengetreten. Wenn der Staat stark ist, wird ihm das auch gelingen, jedoch muss auch darauf geachtet werden, dass die Angriffe des Kapitalismus rechtzeitig erkannt werden.

Die soziale Marktwirtschaft wird jedoch immer verlieren, wenn der Staat Stärke verliert und vor mächtigen Marktteilnehmern in die Knie geht.



### 3. Lösung: Das STULIK-MODELL - Gesetzesänderungen im Nationalen Recht

Auf internationaler Ebene wird es auf absehbare Zeit keine Einigung geben die Steuerflucht zu verhindern, ebenso nicht auf EU-Ebene, denn in steuerlichen Angelegenheiten ist die Einstimmigkeit erforderlich und diese (wie auch die Abschaffung der Einstimmigkeit) wird es mit Ländern wie Irland, Malta und Luxemburg vermutlich nicht geben.

Auf nationaler Ebene ist dies jedoch sehr wohl möglich und es muss ein Staat beginnen, sodass die Diskussion darüber auch in anderen EU-Ländern beginnt. Dann besteht die realistische Chance, dass die Änderung bestehender „steuerschonender“ Gesetze von mehreren Staaten umgesetzt wird.

Alle Staaten, die von der EU bzw. von Rettungsschirmen Währungsfonds-Unterstützung fordern, müssen sich dazu verpflichten, die Änderungen umzusetzen. Gemeinden müssen auch nachweisen, dass sie ihre Steuereinnahmen ausschöpfen, um einen Anspruch auf Bedarfszuweisung zu haben.

Auf nationaler Ebene ist dies durch eine Betriebsausgabenbeschränkung relativ leicht umsetzbar. Das zeigen die nachfolgenden Entwürfe von Gesetzestexten.



**Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt sondern Betrug!**



### 3.1 Änderung im § 12 Abs. 10 KÖStG (Körperschaftsteuergesetz)

*„Aufwendungen für Zinsen, Versicherungsprämien oder Lizenzgebühren im Sinne des § 99a Abs. 1 zweiter und dritter Satz des Einkommensteuergesetzes 1988 oder Aufwendungen für kaufmännische und technische Beratung, sind in den Fällen einer niedrigen Besteuerung nach lit c beim Empfänger zum Teil nicht absetzbar.“*

Der nichtabsetzbare Teil ist wie folgt zu ermitteln:

**(25%-Belastung durch Ertragsteuern beim Empfänger in %) / 25%**

Hier müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

d) Der Empfänger der Zinsen, Lizenzgebühren, Versicherungsprämien oder Aufwendungen für kaufmännische oder technische Beratung ist eine Körperschaft im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 oder eine vergleichbare ausländische Körperschaft.

e) Die empfangende Körperschaft ist unmittelbar oder mittelbar konzernzugehörig oder steht unmittelbar oder mittelbar unter dem beherrschenden Einfluss derselben Gesellschafter.

f) Die Zinsen, Versicherungsprämien, Lizenzgebühren oder Aufwendungen für kaufmännische und technische Beratung unterliegen bei der empfangenden Körperschaft einer niedrigen Besteuerung. Eine niedrige Besteuerung liegt vor, wenn die effektive und endgültige Besteuerung weniger als 25% beträgt. Dies gilt auch, wenn:

- aufgrund einer auch dafür vorgesehenen Steuerermäßigung einer tatsächlichen Steuerbelastung von weniger als 25% oder
- aufgrund einer Steuerrückerstattung einer Steuerbelastung von weniger als 25%, wobei auch eine Steuerrückerstattung an die Anteilsinhaber zu berücksichtigen ist, gegeben ist. Kann eine Steuerermäßigung oder -rückerstattung im Sinne des ersten und zweiten Teilstriches erst in einem späteren Wirtschaftsjahr in Anspruch genommen werden, ist diese bereits bei der Ermittlung der Steuerbelastung zu berücksichtigen. Erfolgt jedoch innerhalb von neun Wirtschaftsjahren nach dem Anfallen der Aufwendungen für Zinsen, Versicherungsprämien oder Lizenzgebühren und Aufwendungen für kaufmännische oder technische Beratung tatsächlich keine solche Steuerermäßigung oder -rückerstattung, stellt dies ein rückwirkendes Ereignis im Sinne des § 295a der Bundesabgabenordnung dar.

### 3.2 Erweiterung des § 115 BAO (Bundesabgabenordnung) - Absatz 5

5) International tätige Abgabepflichtige haben, wenn nachfolgendes zutrifft, begründet darzulegen, warum ihre steuerpflichtigen Gewinne im Inland im Umsatzverhältnis geringer sind als im Verhältnis des Gesamtkonzerns.

### 3.3 Erweiterung des § 162 Abs. 1 BAO (Bundesabgabenordnung)

Für Aufwendungen im Sinne des § 12 Abs. 10 des Körperschaftsteuergesetzes hat der Abgabepflichtige zusätzlich den Obersten Rechtsträger im Sinne des WiEReG sowie deren wirtschaftliche Eigentümer zu nennen.

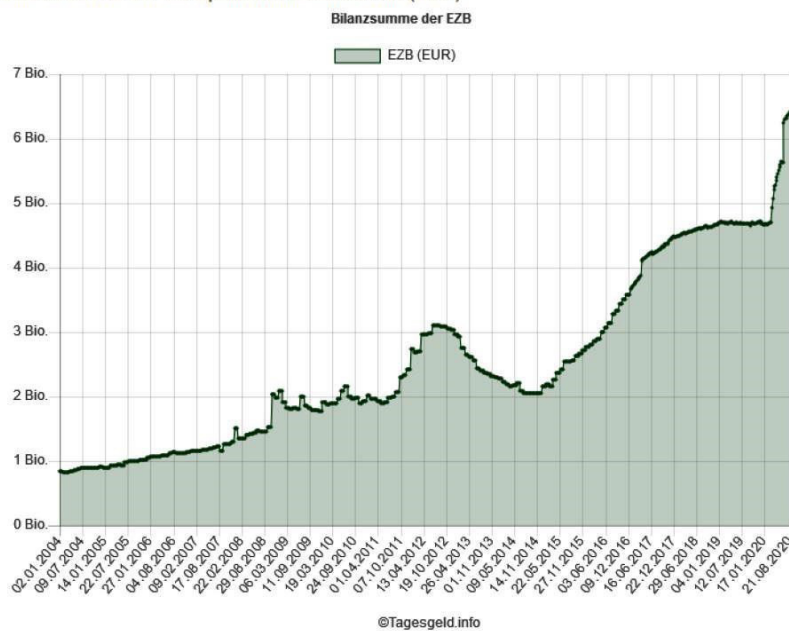
## 4. Entwicklung der Bilanzsummen der Notenbanken

Spätestens seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 und der Herausgabe von Notkrediten an zahlreiche Banken sollten Anleger und Sparer immer auch ein Auge auf die Entwicklung der Bilanzsummen der wichtigsten Notenbanken haben. Eine sich ausweitende Bilanzsumme zeigt die Flutung der Märkte mit kurz-, mittel- oder langfristiger Liquidität auf. Eine sinkende Bilanzsumme zeugt von der Abschöpfung eines Teils dieser Liquidität.

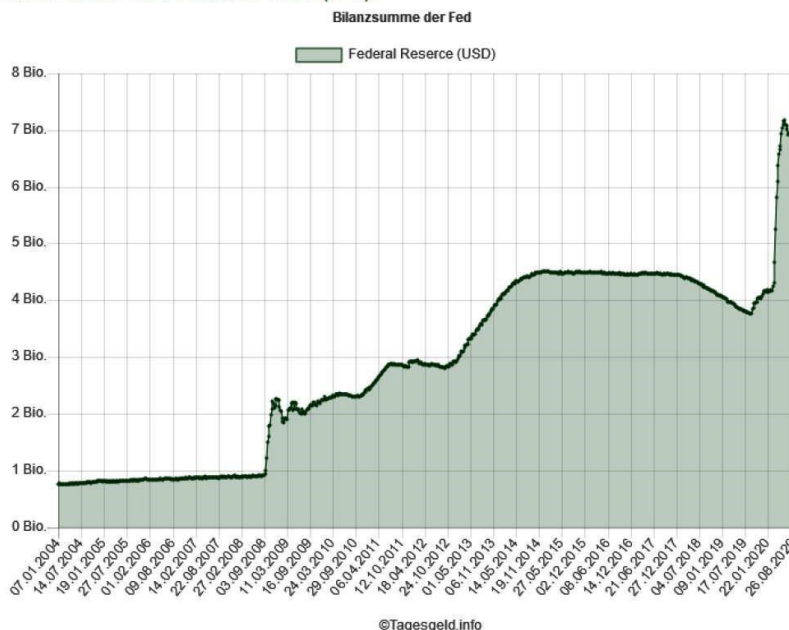
Nachfolgend die Entwicklung der Bilanzsummen von EZB (Euroraum), Fed (USA), Bank of England (BoE), Bank of Japan (Japan) und der Schweizer Nationalbank (Schweiz) im Detail - einschließlich der entsprechenden Grafik:



Bilanzsumme der Europäischen Zentralbank (EZB)

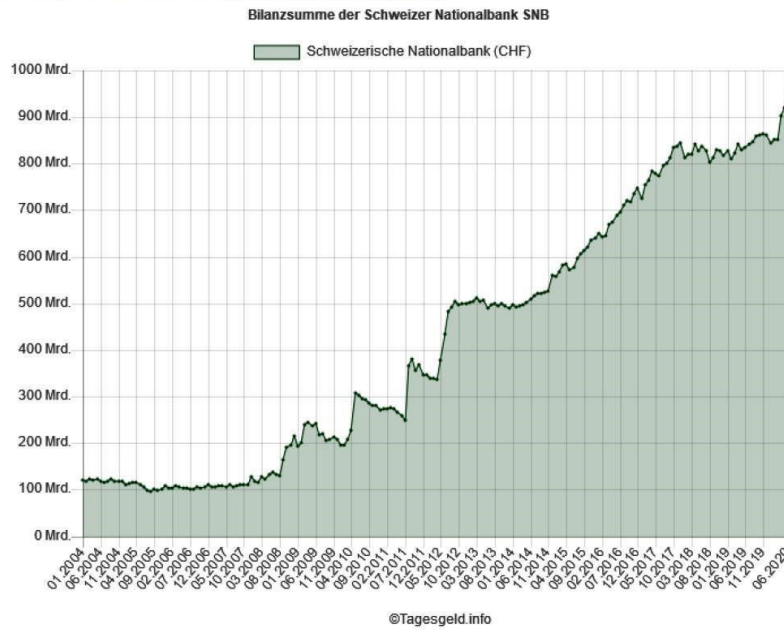


Bilanzsumme der Federal Reserve (Fed)

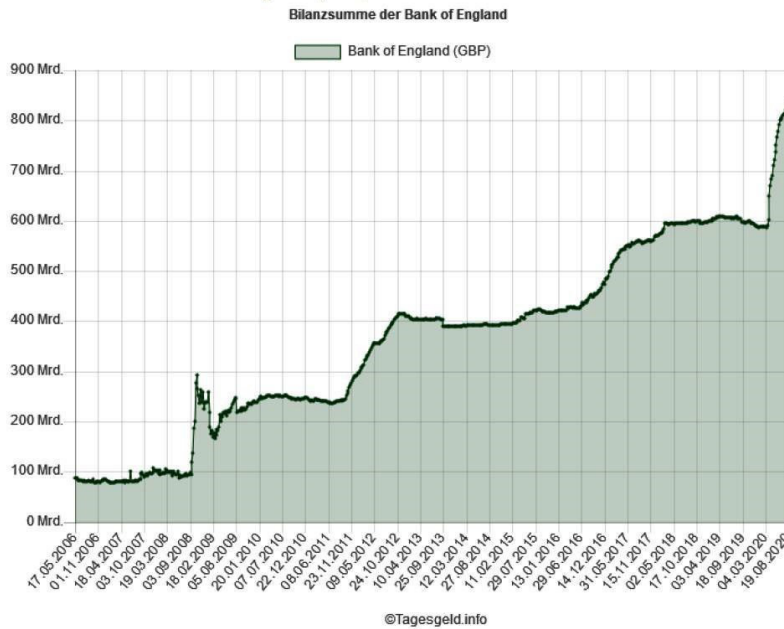




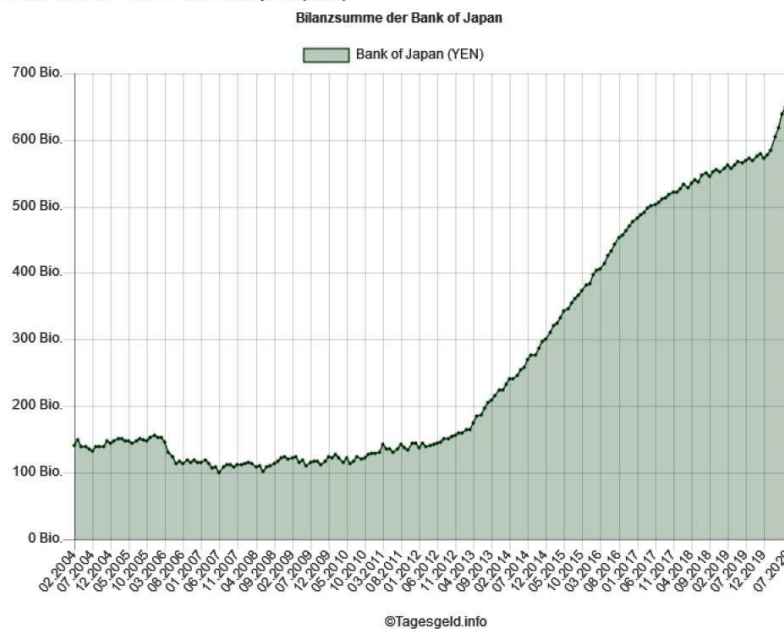
Bilanzsumme der Schweizer Nationalbank (SNB)



Bilanzsumme der Bank of England (BoE)



Bilanzsumme der Bank of Japan (BoJ)



## 5. Liste von Milliardären von 2005 bis 2020 (in Auszügen)

2005

Platz	Milliardär	Vermögen in Milliarden US-Dollar	Nationalität	Alter	Wirtschaftszweig
1. —	Bill Gates	46,5 ▼	 Vereinigte Staaten	49	Software (Microsoft)
2. —	Warren Buffett	44,0 ▲	 Vereinigte Staaten	74	Investment (Berkshire Hathaway)
3. ▲	Lakshmi Mittal	25,0 ▲	 Indien	54	Stahlproduktion (Mittal Steel Company)
4. ▲	Carlos Slim Helú	23,8 ▲	 Mexiko	65	Telekommunikation (Telmex, Telcel, América Móvil)
5. ▼	Prinz al-Walid ibn Talal Al Saud	23,7 ▲	 Saudi-Arabien	49	Investments
6. ▲	Ingvar Kamprad	23,0 ▲	 Schweden	79	Möbelhandel (IKEA)
7. ▼	Paul Allen	21,0 —	 Vereinigte Staaten	52	Software (Microsoft)
8. ▼	Karl Albrecht	18,5 ▼	 Deutschland	85	Einzelhandel (Aldi)
9. ▲	Larry Ellison	18,4 ▼	 Vereinigte Staaten	60	Software (Oracle)
10. —	S. Robson Walton	18,3 ▼	 Vereinigte Staaten	61	Einzelhandel (Wal-Mart)

2006

Rang	Milliardär	Vermögen in Milliarden US-Dollar	Nationalität	Alter	Wirtschaftszweig
1. —	Bill Gates	50,0 ▲	 Vereinigte Staaten	50	Software (Microsoft)
2. —	Warren Buffett	42,0 ▼	 Vereinigte Staaten	75	Investment (Berkshire Hathaway)
3. ▲	Carlos Slim Helú	30,0 ▲	 Mexiko	66	Telekommunikation (Telmex, Telcel, América Móvil)
4. ▲	Ingvar Kamprad	28,0 ▲	 Schweden	79	Möbelhandel (IKEA)
5. ▼	Lakshmi Mittal	23,5 ▼	 Indien	55	Stahlproduktion (Mittal Steel Company)
6. ▲	Paul Allen	22,0 ▲	 Vereinigte Staaten	53	Software (Microsoft)
7. ▲	Bernard Arnault	21,5 ▲	 Frankreich	57	Bekleidung (Moët Hennessy Louis Vuitton S. A.)
8. ▼	Al-Walid ibn Talal	20,0 ▼	 Saudi-Arabien	49	Investments
9. ▲	Kenneth Thomson & Familie	19,6 ▲	 Kanada	82	Medien (The Thomson Corporation)
10. ▲	Li Ka-shing	18,8 ▲	 Hongkong	77	Mischkonzern (Cheung Kong)



## 2008

Rang	Milliardär <sup>[9]</sup>	Vermögen in Milliarden US-Dollar <sup>[9]</sup>
1. ▲	 Warren Buffett	62,0 ▲
2. ▲	 Carlos Slim Helú	60,0 ▲
3. ▼	 Bill Gates	58,0 ▲
4. ▲	 Lakshmi Mittal	45,0 ▲
5. ▲	 Mukesh Ambani	43,0 ▲
6. ▲	 Anil Ambani	42,0 ▲
7. ▼	 Ingvar Kamprad	31,0 ▼
8. ▲	 Kushal Pal Singh	30,0 ▲
9. ▲	 Oleg Deripaska	28,0 ▲
10. ▲	 Karl Albrecht	27,0 ▲
75. ▲	 Ernesto Bertarelli	10,3 ▲
211. ▲	 Karl Waschek	4,9 ▲

## 2009

Rang	Milliardär <sup>[10]</sup>	Vermögen in Milliarden US-Dollar <sup>[9]</sup>
1. ▲	 Bill Gates	40,0 ▼
2. ▼	 Warren Buffett	37,0 ▼
3. ▼	 Carlos Slim Helú	35,0 ▼
4. ▲	 Larry Ellison	22,5 ▼
5. ▲	 Ingvar Kamprad	22,0 ▼
6. ▲	 Karl Albrecht	21,5 ▼
7. ▼	 Mukesh Ambani	19,5 ▼
8. ▼	 Lakshmi Mittal	19,3 ▼
9. ▲	 Theo Albrecht	18,8 ▼
10. ▲	 Amancio Ortega	18,3 ▼
52. ▲	 Ernesto Bertarelli	8,2 ▼
124. ▲	 Karl Waschek	4,2 ▼

## 2011

Rang	Milliardär <sup>[12]</sup>	Vermögen in Milliarden US-Dollar <sup>[9]</sup>
1. —	 Carlos Slim Helú	74,0 ▲
2. —	 Bill Gates	56,0 ▲
3. —	 Warren Buffett	50,0 ▲
4. ▲	 Bernard Arnault	41,0 ▲
5. ▲	 Larry Ellison	39,5 ▲
6. ▼	 Lakshmi Mittal	31,1 ▲
7. ▲	 Amancio Ortega	31,0 ▲
8. —	 Eike Batista	30,0 ▲
9. ▼	 Mukesh Ambani	27,0 ▼
10. ▲	 Christy Walton	26,5 ▲
12. ▼	 Karl Albrecht	25,5 ▲
81. ▼	 Ernesto Bertarelli	10,0 —
208. —	 Dietrich Mateschitz	5,0 ▲

## 2012

Rang	Milliardär <sup>[13]</sup>	Vermögen in Milliarden US-Dollar <sup>[9]</sup>
1. —	 Carlos Slim Helú	69,0 ▼
2. —	 Bill Gates	61,0 ▲
3. —	 Warren Buffett	44,0 ▼
4. —	 Bernard Arnault	41,0 —
5. ▲	 Amancio Ortega	37,5 ▲
6. ▼	 Larry Ellison	36,0 ▼
7. ▲	 Eike Batista	30,0 —
8. ▲	 Stefan Persson	26,0 ▲
9. ▲	 Li Ka-shing	25,5 ▼
10. ▲	 Karl Albrecht	25,4 ▼
83. ▼	 Ernesto Bertarelli	10,6 ▲
193. ▲	 Johann Graf	5,3 ▲
193. ▲	 Dietrich Mateschitz	5,3 ▲



**2018**

Rang	Milliardär <sup>[19]</sup>	Vermögen in Milliarden US-Dollar	Nationalität	Alter	Wirtschaftszweig
1. ▲	Jeff Bezos	112 ▲	Vereinigte Staaten	54	Internethandel (Amazon.com)
2. ▼	Bill Gates	90 ▲	Vereinigte Staaten	63	Software (Microsoft)
3. ▼	Warren Buffett	84 ▲	Vereinigte Staaten	88	Investment (Berkshire Hathaway)
4. ▲	Bernard Arnault	72 ▲	Frankreich	69	Luxusgüter (LVMH)
5. —	Mark Zuckerberg	71 ▲	Vereinigte Staaten	34	Soziale Medien (Facebook)
6. ▼	Amancio Ortega	70 ▼	Spanien	82	Mode (Inditex)
7. ▼	Carlos Slim Helú & Familie	67,1 ▲	Mexiko	78	Telekommunikation (Telmex, Telcel, América Móvil)
8. —	Charles G. Koch	60 ▲	Vereinigte Staaten	83	Öl und Chemie (Koch Industries)
8. —	David H. Koch	60 ▲	Vereinigte Staaten	78	Öl und Chemie (Koch Industries)
10. ▼	Larry Ellison	58,5 ▲	Vereinigte Staaten	74	Software (Oracle)
27. ▼	Karl Albrecht Jr. & Beate Heister	29,8 ▲	Deutschland	70/67	Einzelhandel (Aldi-Süd)
Rang	Milliardär <sup>[19]</sup>	Vermögen in Milliarden US-Dollar	Nationalität	Alter	Wirtschaftszweig
37. ▲	Dietrich Mateschitz	23 ▲	Österreich	74	Getränke (Red Bull GmbH)
174. ▼	Ernesto Bertarelli	8,9 ▲	Schweiz	53	Biotechnologie (Sero S.A.)

**2020**

Rang	Milliardär	Vermögen in Milliarden US-Dollar	Nationalität	Wirtschaftszweig
1.	Jeff Bezos	183,6	USA	Internethandel (Amazon.com)
2.	Bill Gates	113,8	USA	Software, Hardware (Microsoft)
3.	Bernard Arnault	112,1	Frankreich	Luxusgüter (LVMH)
4.	Mark Zuckerberg	88,3	USA	Soziale Medien (Facebook)
5.	Mukesh Ambani	76,3	Indien	Erdöl und Textilien
6.	Warren Buffet	72,6	USA	Investment (Berkshire Hathaway)
7.	Elon Musk	72,4	USA	Online-Bezahlsystem, Raumfahrt u. Elektro-Autohersteller (Tesla)
7.	Larry Ellison	72,4	USA	Software (Oracle)
9.	Steve Ballmer	72,2	USA	Software (Microsoft) Investor
10.	Larry Page	69,8	USA	Technologie (Alphabet Inc.)

